Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0140/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	25.03.2014	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss befürwortet grundsätzlich die Umbenennung der bisher als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile in Stadtteile.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einteilung und Benennung der Stadtteile auf der Basis der Vorlage des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach vom 08.12.1998 zu prüfen, ggf. zu ergänzen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der nächsten Ratsperiode zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss folgt der Empfehlung des Ausschusses für Anregung und Beschwerden, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen.

Sachdarstellung / Begründung:

Der Ausschuss für Anregung und Beschwerden hat in seiner Sitzung am 03.07.2013 den Antrag gem. § 24 GO behandelt, die seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile umzubenennen.

Der Petent begründete seinen Antrag in der Sitzung u.a. damit, „dass vor der kommunalen Neugliederung Bensberg als selbstständige Stadt und Schildgen als ehemaliger Stadtteil von Odenthal für ihre Bereiche Funktionen gehabt hätten, die sich in der Gliederung der seit dem 01.01.1975 existierenden neuen Stadt Bergisch Gladbach nicht wiederfinden. Der seitdem gewählte Begriff „Wohnplatz“ habe in der Literatur eine unterschiedliche Bedeutung. Mit der Gründung der neuen Stadt habe man historisch gewachsene Verbindungen offensichtlich nicht mehr akzeptieren wollen. Es sei einer Großstadt mit 110.000 Einwohnern würdig, endlich über Stadtteile zu verfügen, was er beantrage.“

In der nachfolgenden Beratung stellte sich heraus, dass alle Fraktionen den grundsätzlichen Erwägungen des Petenten folgen konnten. Die Verwaltung wies in der Sitzung darauf hin, dass zunächst eine politische Entscheidung zu treffen sei. Der einstimmige Beschluss des Ausschusses für Anregung und Beschwerden sah daher eine Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss vor.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst eine Grundsatzentscheidung zu treffen, ob das Anliegen der Umbenennung der Wohnplätze in Stadtteile weiter verfolgt werden soll. Sofern dies mehrheitlich vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossen wird, wird die Verwaltung auf der Basis der Ratsvorlage vom 08.12.1998 die vorgeschlagenen Stadtteilgrenzen und Bezeichnungen auch vor dem Hintergrund der historischen Hintergründe, die der Petent in seinem Bürgerantrag vorgebracht hat, abschließend prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss, sowie dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach in der nächsten Ratsperiode zur abschließenden Entscheidung vorlegen.

Weiterhin hat der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfohlen, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen. Dieser Empfehlung schließt sich die Verwaltung an. Der Austausch kann im Zuge ohnehin notwendiger Ersatzbeschilderungen vorgenommen werden.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:

Mittelfristiges Ziel:

Jährliches Haushaltsziel:

Produktgruppe/ Produkt:

Finanzielle Auswirkungen

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag		
Aufwand	keine	keine

Ergebnis		
2. Finanzrechnung (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ Vermögensplan		
	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten

ja
nein
siehe Erläuterungen